

André, Tim; Behr, Michael; Philippus, Udo; Reuß, Alexander

Article

Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: André, Tim; Behr, Michael; Philippus, Udo; Reuß, Alexander (2020) : Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 27, Iss. 01, pp. 17-24

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/216301>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tim André, Michael Behr, Udo Philippus und Alexander Reuß*

Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft

In den kommenden Jahren gehen in Thüringen wie in den anderen ostdeutschen Ländern auch große Teile jener Generation in den Ruhestand, die maßgeblich zur positiven Wirtschaftsentwicklung seit der Wiedervereinigung beigetragen haben. Angesichts des starken Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials ist Thüringen weit mehr als viele andere Regionen in Deutschland auf einen Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen. Während in den vergangenen Jahren bereits immer mehr ausländische Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integriert wurden, zeigen Wahl- und Befragungsergebnisse eine in Teilen der Bevölkerung ausgeprägte Reserviertheit gegenüber dem Zuzug von Menschen aus dem Ausland. Wenn sich am Ende aber nicht interkulturelle Öffnung, Freundlichkeit gegenüber zunächst fremden Menschen und Integrationsfähigkeit als neuer Markenkern in Thüringen durchsetzen, sondern Ausgrenzung und Ressentiments, könnte gerade der ländliche Raum am Ende in eine Abwärtsspirale geraten, von der dann paradoxerweise jene Kräfte am meisten profitieren könnten, die gegenwärtig dabei sind, zu einem erheblichen Zukunftsrisiko im Freistaat zu werden.

Thüringen hat ein Problem, ein sehr großes sogar. Gemeint ist nicht die schwierige Aufgabe, nach dem Wahlergebnis vom 27. Oktober 2019 eine neue Regierung zu bilden. Thüringen hat ein massives Demographieproblem. Zwar war im Wahlkampf von fehlenden Lehrer*innen, fehlenden Pflegekräften und zu wenigen Polizisten die Rede. Aber dabei wird so getan, als ob Personalmangel lediglich ein Problem (möglicherweise falscher) politischer Prioritätensetzung sei. Weniger prominent wird darüber gesprochen, dass Thüringen vor allem unter einem Mangel an jungen Menschen und somit an potenziellem Nachwuchs leidet. Für Manche wird Demographie im politischen Diskurs auf das Scheinproblem der (vermeintlich zu großen) Flüchtlingsmigration verengt. Dabei ist unser Problem nicht zu viel, sondern zu wenig Zuzug von Menschen aus dem Ausland (vgl. Ragnitz 2019). Dem Freistaat Thüringen gehen nämlich zunehmend die Arbeitskräfte aus und dies aus einem einfachen Grund: Eine große Zahl derer, die in den letzten dreißig Jahren die Erfolgsfaktoren für eine äußerst positive Wirtschaftsentwicklung waren, werden in Rente gehen und viel zu wenige Nachwuchskräfte werden zur Verfügung stehen, um die freiwerdenden Stellen zu besetzen – Ergebnis von Wanderungsverlusten und Geburtenausfällen.

Waren am Ende des ersten Nachwendezehnts gerade einmal knapp 20% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten älter als 50 Jahre, sind es inzwischen fast 40% (vgl. Abb. 1).

Thüringen droht in Zukunft ein Mangel an Handwerkern und an Pflegekräften, an Arbeitskräften in der Gastronomie ebenso wie in der Logistik. In vielen Dienstleistungsbereichen fehlt es jetzt schon an Fachkräften, und nicht zuletzt bedroht der Mangel an Industriefacharbeiter*innen den überaus erfolgreichen Reindustrialisierungsprozess in Thüringen. In allen ostdeutschen Ländern ist dies ein Problem, aber

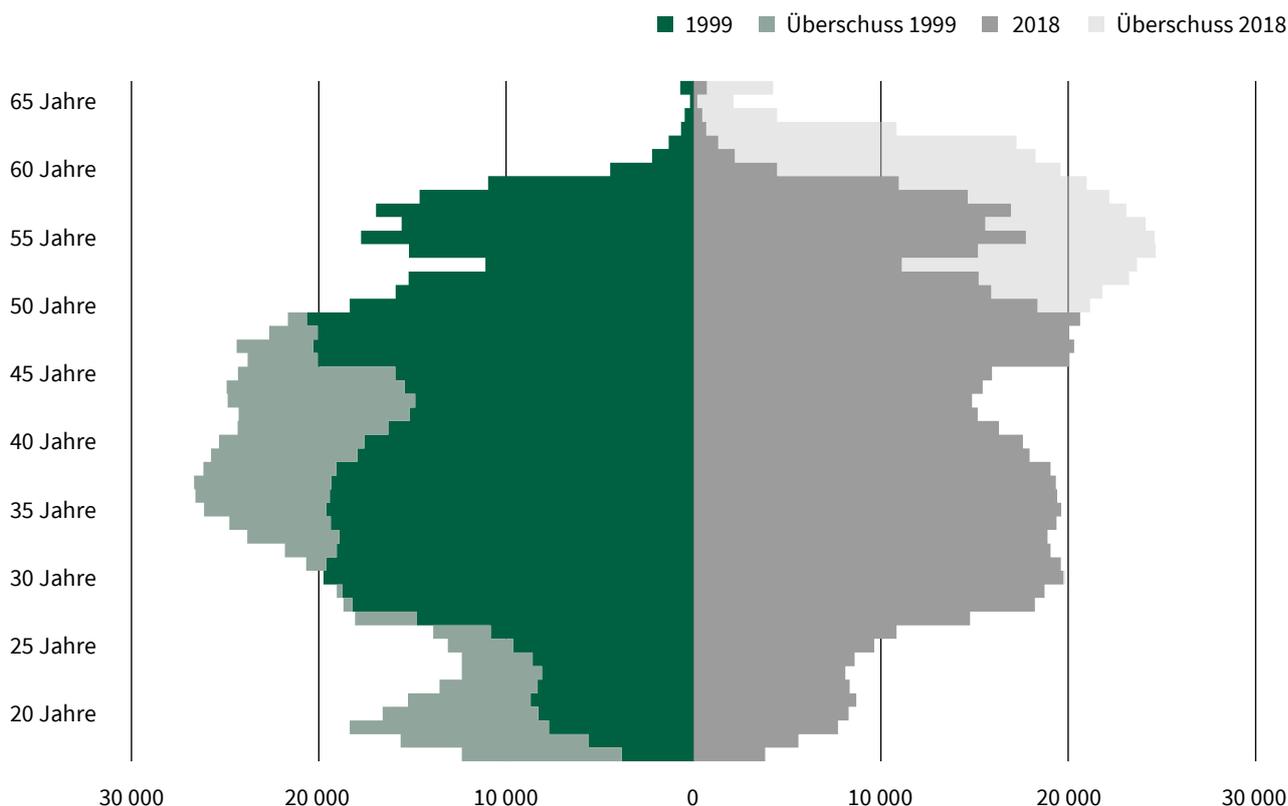
nirgendwo ist dieses Problem so stark wie in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.¹ Schon vor Jahren hat Burkart Lutz vom Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) vor einem „neuen Schub von Entindustrialisierung“, gleichsam einer zweiten Deindustrialisierung in Ostdeutschland gewarnt (Lutz et al. 2010) – nur dieses Mal nicht im Ergebnis von Strukturdefiziten und Wettbewerbsproblemen, sondern schlicht wegen eines Mangels an Fachkräften. Insofern kann Thüringen sogar sehr offensiv die Chancen der Digitalisierung nutzen. Die „demographische Entlastungsreserve“ dürfte mögliche Substitutionseffekte bei weitem überkompensieren, sodass Rationalisierungspotenziale gehoben werden können, ohne dass, wie in der Vergangenheit, mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden müsste. Generell bestätigen die Unternehmensbefragungen sowohl im IAB-Betriebspanel Länderbericht Thüringen (SÖSTRA Berlin 2019) als auch in der Fachkräftestudie „Willkommen in Thüringen“ (ZSH 2019) allerdings eher einen weiteren Bedarf an Fachkräften insbesondere bei Unternehmen mit einer hohen Digitalisierungsintensität.

Nach der Wiedervereinigung und im Transformationsprozess von einer Zentralverwaltungswirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft standen den aus- oder neugegründeten Unternehmen in Thüringen trotz großer Wanderungsverluste in

* Tim André arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum digitale Arbeit im Programm „Zukunftszentren“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Dr. Michael Behr leitet die Abteilung Arbeit und Qualifizierung im Thüringischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und ist Honorarprofessor an der Westsächsischen Hochschule Zwickau, Udo Philippus ist stellv. Abteilungsleiter und Referatsleiter Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, Arbeits- und Tarifrecht im selben Haus, Alexander Reuß ist Mitarbeiter der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung und dort u. a. mit dem Thema Gewinnung von (ausländischen) Fachkräften befasst.

Abb. 1

Altersverteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen 1999 und 2018



Hinweis zur Interpretation des Diagramms: Die dunkel gefärbten Flächen sind jeweils identisch, die helleren Flächen zeigen den „Überschuss“ in den jeweiligen Altersjahren gegenüber dem Vergleichsjahr an.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

die alten Bundesländer über einen langen Zeitraum eine große Zahl von gut qualifizierten, transformationswilligen, flexiblen und – erzwungenermaßen – lohnbescheidenen Angestellten und Arbeitern zur Verfügung, die von einem der Autoren einmal als „ostdeutsche Arbeitsspartaner“ (Behr 2000) bezeichnet wurden. Neben denen, die in den Betrieben um ihr berufliches Überleben und das der Betriebe kämpften, stand eine große Zahl von Arbeitssuchenden bereit, um sich, stets zahlreich, auf offene Stellen zu bewerben. Ein solcher „Fachkräftewohlstand“ aus Unternehmersicht sucht in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte seinesgleichen. Dabei sorgte diese qualifizierte Reserve der „Zwangsentleunigten“ für ein stets nutzbares und durch die Anstrengungen der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsakteure auf den neuesten Stand gebrachtes Potenzial, das zudem als Disziplinierungskulisse für die „Angstbeschleunigten“ in den Betrieben diente. Es schien nicht übertrieben, diese Situation als „personalwirtschaftliches Paradies“ zu bezeichnen (Behr und Engel 2001).

Dieses sogenannte endogene Potenzial ist in den letzten 15 Jahren vor allem eines: Es ist älter geworden. In den nächsten 15 Jahren erreichen rund 530 000 Thüringer das Rentenalter.² In dieser Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen befinden sich 25% der Einwohner Thüringens und knapp 40% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Abb. 1). Man muss schon das ganze „Nachwachstspotenzial“ der 0- bis 30-Jährigen zusammennehmen, um auf eine entsprechende Zahl

zu kommen. Das heißt: Thüringen muss sich darauf einrichten, dass über einen längeren Zeitraum in jedem Jahr auf 100 Renteneintritte etwa 53 potenzielle Nachwuchskräfte kommen, vorausgesetzt sie bleiben in Thüringen und wandern nicht in die weltoffenen, dynamischen und imagepolitisch positiver bewerteten Großstadregionen des Westens oder nach Leipzig, Dresden oder Berlin ab.³

Noch dramatischer als im Landesdurchschnitt ist die Entwicklung in den Landkreisen Thüringens. Im Ländlichen Raum kommen auf 100 Renteneintritte nur 47 potenzielle Nachwuchskräfte, in einigen Landkreisen sind es nur 40. Ein flächendeckender Arbeitskräftemangel wird die Folge sein, vor allem deshalb, weil das sogenannte Erwerbspersonenpotenzial deutlich stärker zurückgeht als die Bevölkerung insgesamt, bei der vor allem die absolute Zahl älterer Menschen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stetig steigen. Schon jetzt ist der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung deutlich höher als in Westdeutschland. Es gibt kaum eine Region in der Welt, in der der sogenannte Altenquotient in den vergangenen Jahrzehnten so stark gestiegen ist und weiterhin ansteigen wird, wie dies in den ostdeutschen Bundesländern der Fall ist. Betrag der Altenquotient, also der Anteil der über 60-Jährigen im Verhältnis zu den 20- bis 60-Jährigen an der Bevölkerung in Thüringen Anfang der 1990er Jahre noch 20%, werden es im Jahr 2030 fast 60% sein (IKPE 2019). Auch in der Vergangenheit ist das Erwerbspersonenpotenzial in Thüringen stärker zu-

rückgegangen als die Bevölkerung insgesamt, zwischen 1995 und 2016 um fast 20% (TLS 2019). Jedoch mit einem Unterschied zu heute. Im Jahr 2005 gab es durchschnittlich noch mehr als 200 000 Arbeitslose, zuletzt nur noch 59 000 (Jahresdurchschnitt 2019). Neben dem erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf aktuell nur noch 5,3% (vor zehn Jahren waren es noch 11,4%) zeichnet sich Thüringen dadurch aus, dass es sein Erwerbstätigenpotenzial immer besser ausschöpft. Thüringen hat nach Sachsen mit 64,9% die zweithöchste Beschäftigungsquote in Deutschland (vgl. Abb. 2). Bei den Männern liegt Thüringen auf dem 3. Platz (nach Bayern und Baden-Württemberg), bei den Frauen auf Platz 2 (nach Sachsen). Thüringen hat die zweithöchste Beschäftigungsquote in der Altersgruppe 50 plus (ebenfalls nach Sachsen). Thüringens Frauen, die mit einer doppelt so starken Arbeitslosigkeitsbetroffenheit als Männer nach der Wiedervereinigung nicht eben auf Rosen gebettet waren, zeichnen sich inzwischen nicht nur dadurch aus, dass sie fast genauso viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte stellen wie die ebenfalls sehr erwerbsfleißigen Thüringer Männer⁴, dafür aber nur noch 43,7% der Arbeitslosen ausmachen. Zusätzlich arbeiten sie sehr viel häufiger als ihre Schwestern in Westdeutschland in Vollzeit oder in vollzeitnaher Teilzeit. Kein Wunder, dass die Frauen in Thüringen deutlich mehr zum Haushaltseinkommen beitragen als Frauen in Westdeutschland; nach unseren Schätzungen etwa 45% gegenüber 30%. Kurzum: Der Ratschlag von manchen westdeutschen Ökonomen, dass das Erwerbspersonenpotenzial der Frauen im Osten zur Deckung des Fachkräftebedarfs stärker genutzt werden sollte, löst hier inzwischen bestenfalls Heiterkeit aus. Es gibt nicht mehr viel Spiel nach oben, da auch die Teilzeitbeschäftigung der Frauen meist vollzeitnah und immer stärker auch „gewünschte Teilzeit“⁵ ist. Anders formuliert: Die ohnehin demographisch stärkeren westdeutschen Bundesländer haben sogar den Vorteil, dass sie bei der Frauenerwerbstätigkeit noch erhebliche Reserven haben.

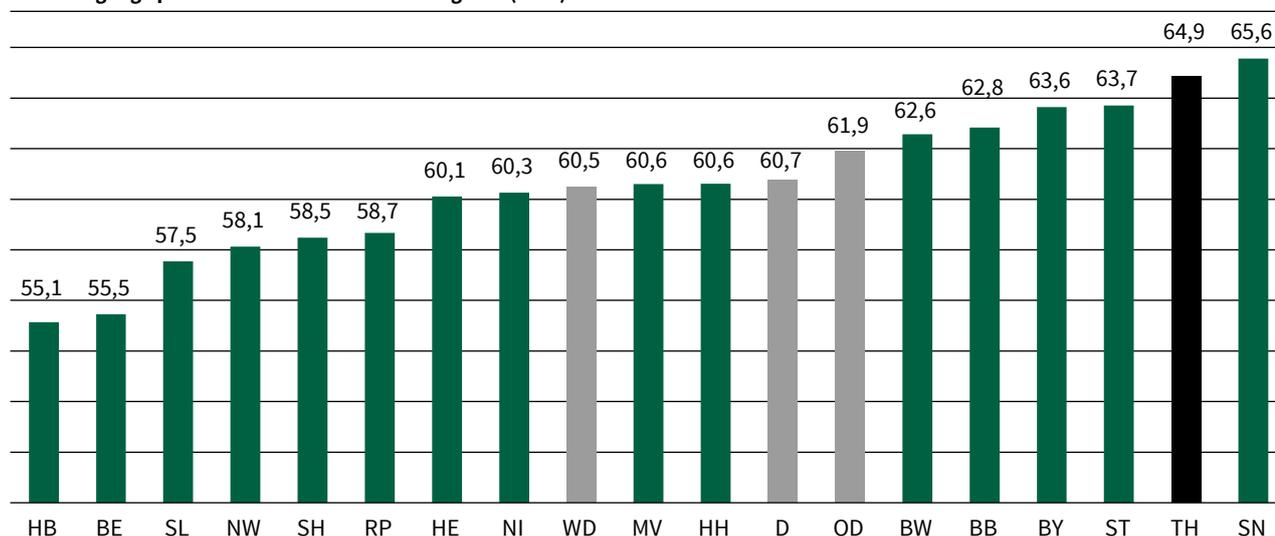
In der Vergangenheit konnte der Freistaat tatsächlich gegen die „demographische Laufrichtung“ wachsen. Trotz des Rückgangs an potenziell Erwerbstätigen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2005 und heute kontinuierlich von 700 000 auf 813 000 im Oktober 2019 (Bundesagentur für Arbeit 2020a).

Allerdings wäre damit bereits 2018 Schluss gewesen. Es ist das erste Jahr, in dem die Zahl der deutschen Arbeitnehmer*innen in Thüringen zurückgegangen ist, und zwar um fast 5 000. Dennoch ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt um etwa 3 000 gestiegen, weil zusätzlich fast 8 000 ausländische Arbeitnehmer in Thüringen eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben (vgl. Abb. 3). Immer mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland, vor allem Menschen aus den Ländern der EU-Osterweiterung bereichern den Arbeitsmarkt in Thüringen. Besonders erfreulich: Auch immer mehr Menschen mit einem Fluchthintergrund, die seit 2015 nach Thüringen gekommen sind, finden Zugang in das Beschäftigungssystem, weil diese Menschen viel Motivation und viele Fähigkeiten mitbringen, oft auch schon in jüngeren Jahren Arbeitserfahrungen gesammelt haben und auf einen aufnahmebereiten Arbeitsmarkt stoßen. Gab es im Jahr 2010 in Thüringen gerade einmal 6 600 ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, so viel wie in einer Mittelstadt in Nordrhein-Westfalen, sind es inzwischen 43 000, etwa so viele wie in Ludwigsburg (Bundesagentur für Arbeit 2020b) (vgl. Abb. 4).

Dabei zeigt sich erfreulicherweise, dass inzwischen der Anteil der Ausländer, die in Thüringen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, mit aktuell (September 2019) 5,2% sogar größer ist, als es dem Bevölkerungsanteil von 4,9% entspricht, damit also die These, dass Ausländer nur nach Deutschland kommen, um unsere Sozialsysteme auszunutzen, nicht eben bestätigt wird (vgl. Abb. 5).⁶

Auch bei den Bewerbern um Ausbildungsplätze ist der Anteil ausländischer junger Menschen deutlich gestiegen. Der Anteil beträgt 7,3% an allen Bewerber*innen mit Stand Sep-

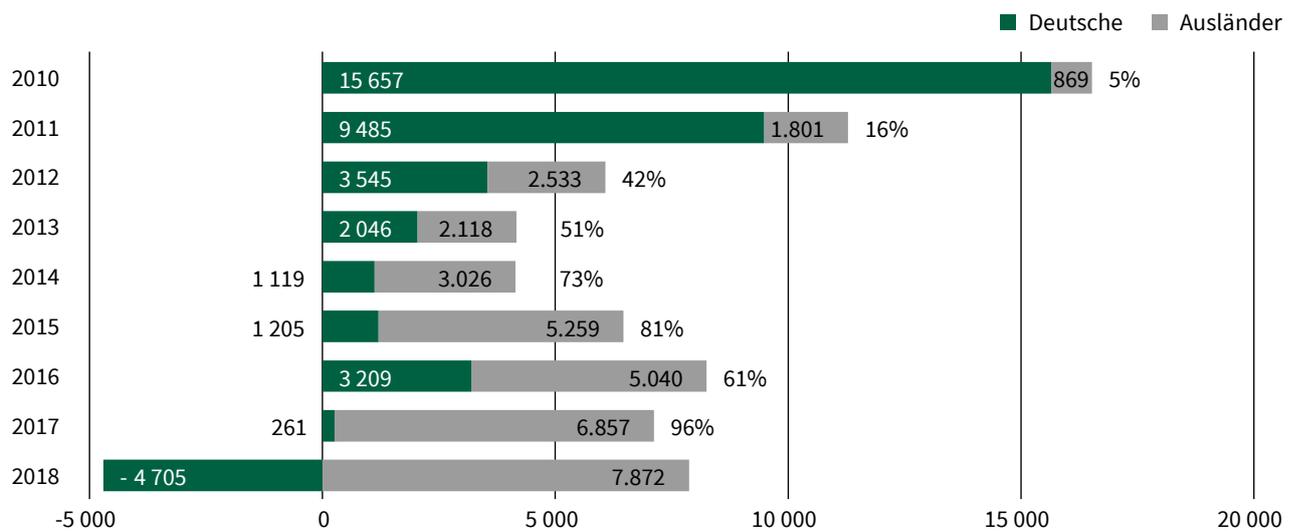
Abb. 2
Beschäftigungsquoten^a der Bundesländer im Vergleich (2018)



a) Beschäftigte im Alter von 15 und 65 Jahren am Wohnort in Relation zur Wohnbevölkerung im Alter von 15 und 65 Jahren.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

Abb. 3
Beschäftigungsentwicklung nach Inländern und Ausländern in Thüringen 2010 – 2018



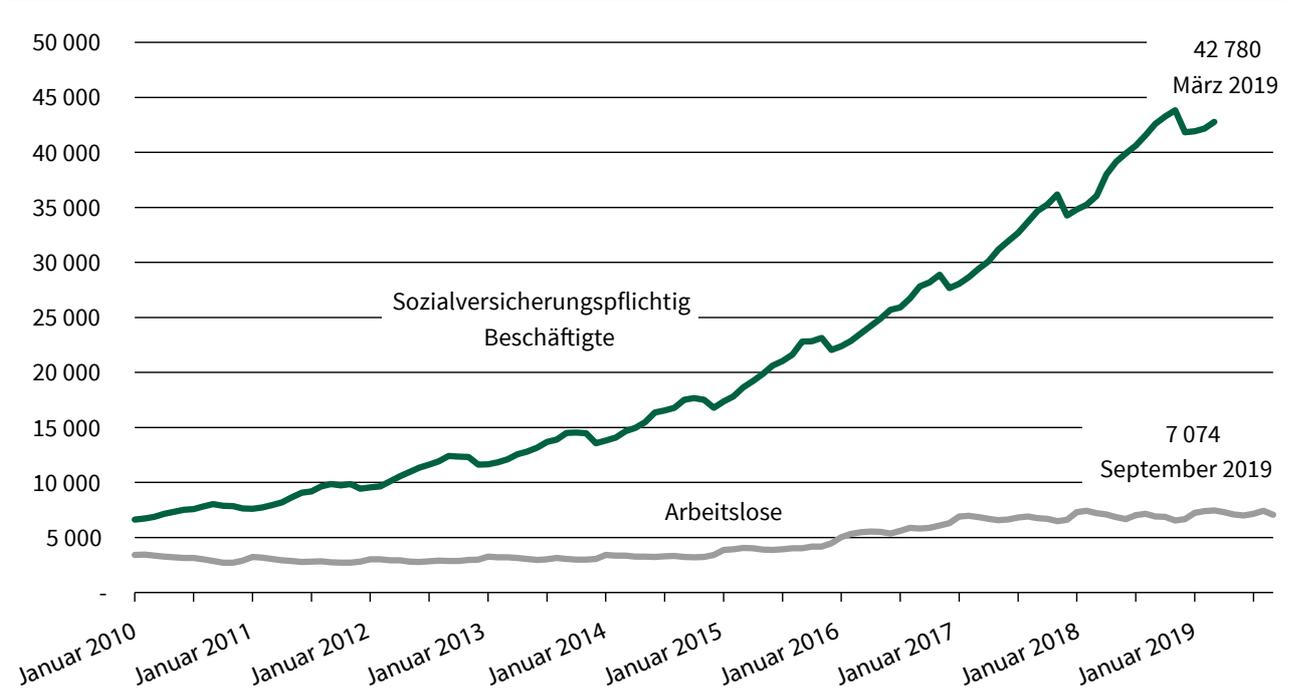
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

tember 2019. Dies ist ein Zuwachs von 13,6% zum Vorjahr. Gerade hier bieten auch die jungen Geflüchteten ein dringend benötigtes Potenzial zur Besetzung ansonsten oft freibleibender Ausbildungsplätze, abgesehen davon, dass dies auch wesentlich zur Integration und stabilen Beschäftigung beiträgt.

Die Wahlergebnisse und die ausländer- und zugewanderungspolitisch relevanten Einstellungen von Teilen der Bevölkerung im Land könnten diesen positiven Trend allerdings konterkarieren. Dort, wo Beschäftigte ihre neu gewonnene Primärmacht einsetzen, um ihre Vorstellungen einer eth-

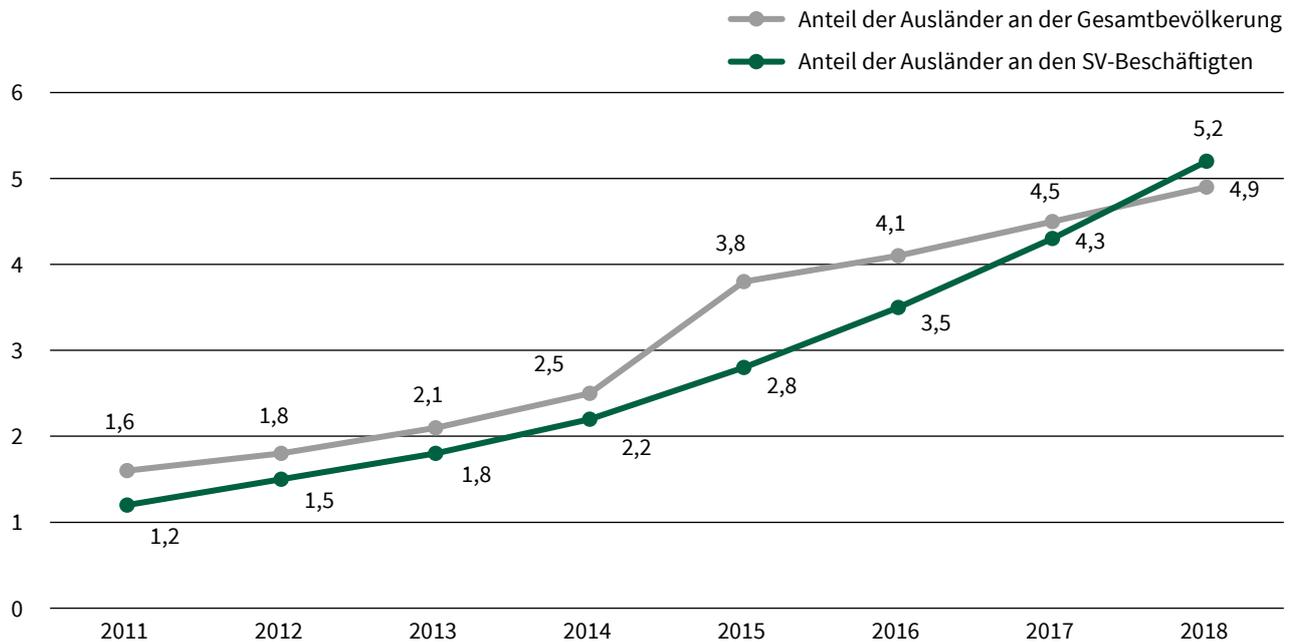
nisch-homogenen Belegschaft nach dem Motto durchzusetzen: „Chef, wenn Du jetzt anfängst, auch noch Flüchtlinge einzustellen, dann überlege ich mir, ob ich hier noch arbeiten will“, erleben wir eine neue unerwartete Politisierung in der Arbeitswelt, die die personalpolitischen Spielräume mancher Unternehmen einschränken könnte. Dies allerdings wäre das genaue Gegenteil jenes progressiven Narrativs, wie es von zahlreichen Sozialforschern erwartet wurde, die im Zuge des Übergangs von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmerarbeitsmarkt eher eine Stärkung arbeitnehmerorientierter

Abb. 4
Entwicklung der Zahl der Ausländer am Arbeitsmarkt seit 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

Abb. 5
Entwicklung des Ausländeranteils an der Bevölkerung und den Beschäftigten

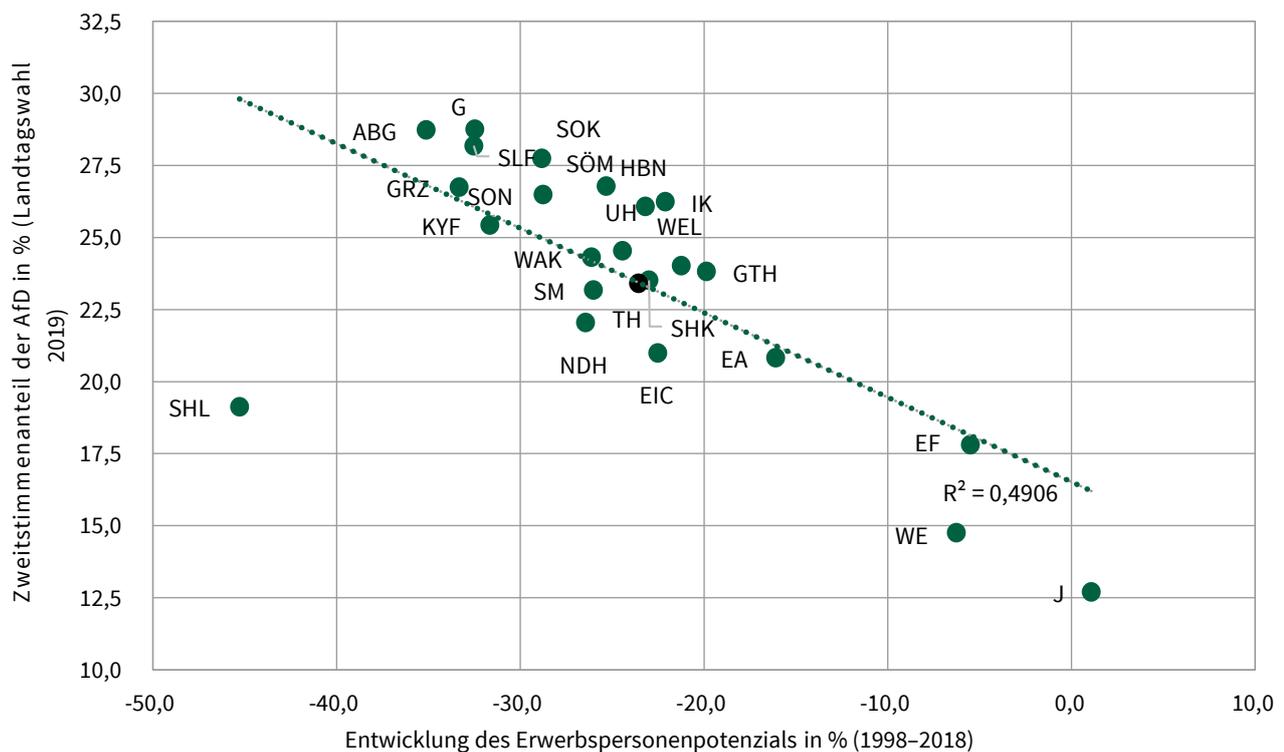


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

Partizipation, eines Kampfes um „Gute Arbeit“ und ein Ende des ostdeutschen Arbeitsspartaners erwartet haben (Goes et al. 2015, Kothe et al. 2016, Röbenack und Artus 2015, Behr 2017). Bekanntlich haben besonders viele Männer und besonders

viele Arbeiter die AfD gewählt. Dabei ist auffällig: Besonders dort, wo in den vergangenen Jahren die Zahl der Einwohner und das Erwerbspersonenpotenzial zurückgegangen ist, hat die AfD ihre größten Erfolge (vgl. Abb. 6).

Abb. 6
Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und Zweitstimmen für die AfD bei der Landtagswahl in Thüringen 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen, Darstellung der Autoren.

Das Thüringen-Paradox⁷ lautet also: Je größer der objektive Zuwanderungsbedarf in den Landkreisen Thüringens, desto höher der Anteil an Menschen und Wahlbürgern mit einer zuwanderungskritischen bis fremdenfeindlichen Einstellung und desto weniger ist davon auszugehen, dass sich Menschen aus dem Ausland, hauptsächlich die mit einer anderen Hautfarbe, hier wohlfühlen und bleiben wollen.

Erstaunlicherweise zeichnen sich Landkreise mit dem stärksten Rückgang an Erwerbspersonenpotenzial und an Bevölkerung zumeist durch besonders geringe Ausländeranteile aus (vgl. Abb. 6 und 7).

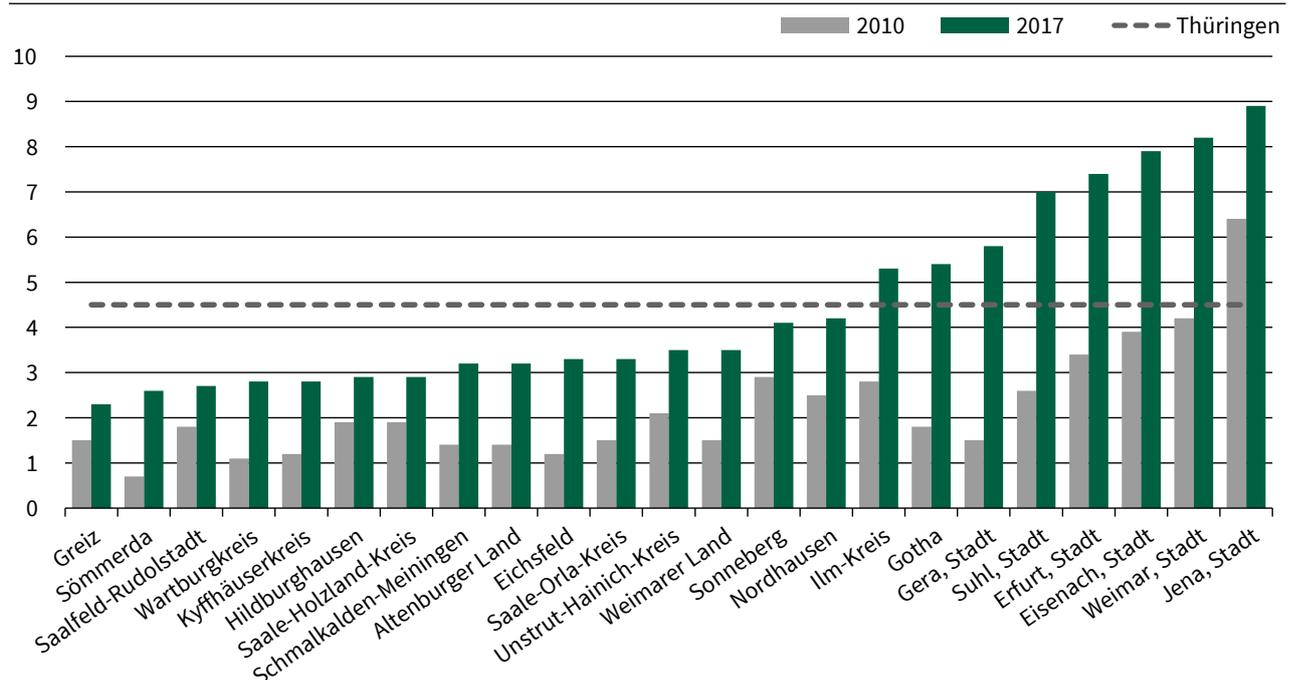
Auf diesen Zusammenhang weist auch eine aktuelle Veröffentlichung des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft an der Universität Jena hin. Die Autoren Richter, Salheiser und Quent (2019) kommen darin zu dem Ergebnis, dass „hohe Ethnozentrismuswerte der Bevölkerung, das heißt hohe Anteile der Zustimmung zu fremdenfeindlichen und nationalistischen Aussagen gerade in solchen Regionen stärker ausgeprägt sind, wo weniger Migrant/innen leben“ (S. 8) und, so würden wir hinzufügen: leben wollen. Kein Wunder also, dass die Städte mit den höchsten Ausländeranteilen wie Jena, Weimar, Eisenach und Erfurt vergleichsweise geringe AfD-Zweitstimmenanteile haben.

Aus dem aktuell vorgelegten Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019 (DeZIM-Institut 2019) geht hervor, dass der Freistaat nicht nur weiterhin im Saldo Einwohner gegenüber den anderen Bundesländern verliert, sondern auch mehrheitlich ausländische Bevölkerung in die anderen, vor allem die westlichen Bundesländer ziehen. Für Thüringen besteht damit die Gefahr, dass es, neben seinem endogenen Arbeitsmarktpotenzial auch sein – gerade erst neu gewonne-

nes – exogenes Potenzial verlieren könnte. Thüringen hat seit der Wiedervereinigung rund 470 000 Einwohner verloren (vgl. Abb. 8). Die Hälfte durch Sterbeüberschüsse gegenüber den Geburten und die andere Hälfte durch einen negativen Wanderungssaldo. Seit 1990 hat Thüringen in jedem Jahr Einwohner verloren. Mit einer Ausnahme: dem Jahr 2015. In jenem Jahr wurde der Sterbeüberschuss der Thüringer Bevölkerung, der seit Jahren recht stabil zwischen 10 000 und 12 000 Menschen liegt, tatsächlich durch die Zahl der Menschen mit Fluchthintergrund (und andere Ausländer) überkompensiert. Der Bevölkerungsaufwuchs im Saldo betrug etwa 13 700 Menschen. Seit 2016 schrumpft die Bevölkerung wieder, weil bei einer geringeren Zahl der Asylbewerberinnen, die jetzt noch ins Land kommen, bei gleichzeitig negativem Wanderungssaldo von ausländischer Bevölkerung gegenüber den anderen Bundesländern die Sterbeüberschüsse nicht mehr ausgeglichen werden können.

Thüringen altert und Thüringen schrumpft. Das Landesamt für Statistik rechnet in seiner ganz aktuellen 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (TLS 2019) mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerung bis 2040 von 280 000 Einwohnern, so dass der Gesamteinwohnerverlust dann, von 1990 aus betrachtet, 750 000 Menschen betragen würde, ein Rückgang um fast 30%. Die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in den von vielen, besonders von jungen Menschen verlassenen Dörfern wird immer teurer und kann finanzpolitisch vernünftig nicht immer auf einem zufriedenstellenden Niveau aufrechterhalten werden. Dieses objektive oder gefühlte „Abgehängt-Sein“ erzeugt scheinbar jenen „Frust“, der zumindest als Argument für ein bestimmtes Wahlverhalten erhalten muss. Kritisch interpretiert könnte man auch von einer Self Fulfilling Prophecy sprechen. Denn, und auch das haben

Abb. 7
Ausländeranteile in den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens in den Jahren 2010 und 2017



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen, Darstellung der Autoren.

Richter, Salheiser und Quent (2019) in ihren aufwendigen Regressionsanalysen mit Daten, die bis auf die Gemeindeebene herunterreichen, herausgefunden: Es ist mitnichten so, dass die AfD besonders in sogenannten Abstiegsregionen erfolgreich ist: „Erfolgreich ist die AfD also sowohl in wirtschaftlich erfolgreicheren Regionen (bspw. im Ilm-Kreis und im Kreis Hildburghausen) als auch in wirtschaftlich eher unterdurchschnittlichen Regionen (z. B. in der Stadt Gera und im Altenburger Land). Der prozentuale Anteil der Erklärungskraft der wirtschaftlichen Merkmale ist im Verhältnis zur Gesamterklärungskraft mit 6,4% nur gering.“ (S. 7).

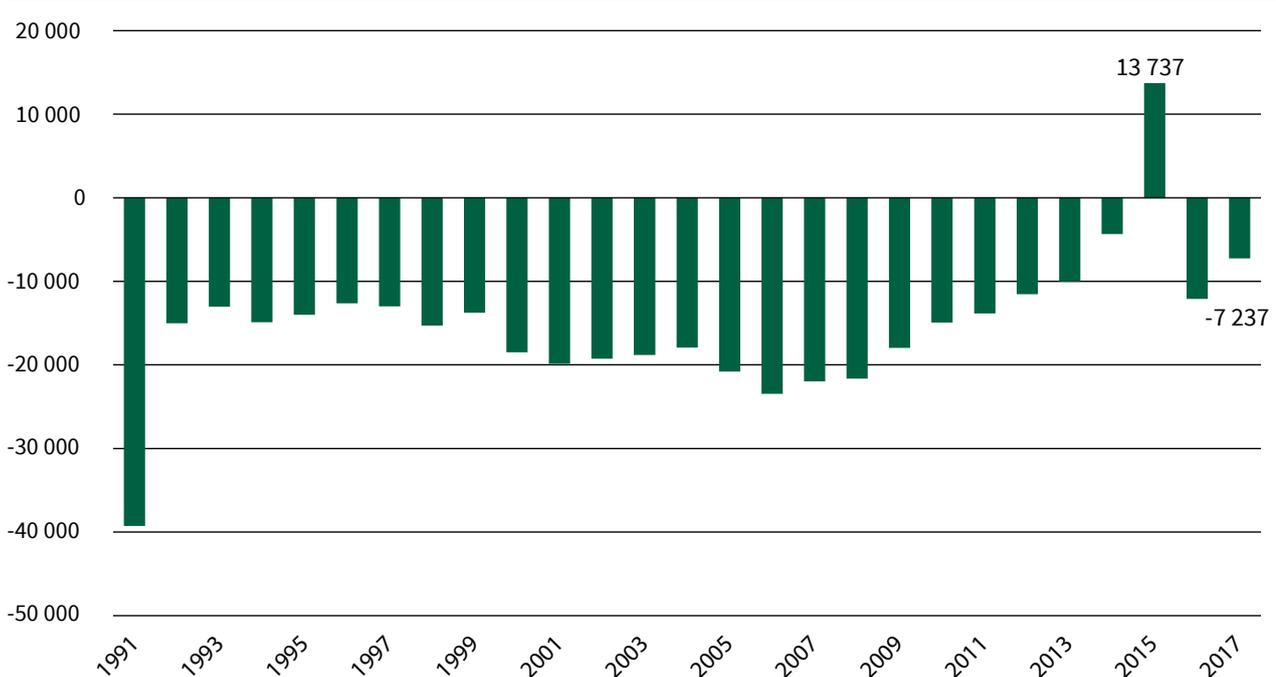
Genau dies erklärt ein weiteres Thüringen Paradox. Dies besteht darin, dass nach den aktuellen Befunden des Thüringen Monitors (Reiser et al. 2019) einmal mehr die Zufriedenheit mit der Lebenssituation der Menschen in Thüringen gestiegen ist. So schätzen 76% der Befragten die wirtschaftliche Lage in Thüringen als „gut“ oder als „sehr gut“ ein und 79% schätzen die eigene finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“ ein. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, war noch nie so gering wie heute. Und auch mit der medizinischen Versorgung sind 78% der Einwohner*innen zufrieden.⁸ Auf der anderen Seite erfahren wir aus der gleichen Quelle, dass 36% mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, 26% meinen, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt und 61% meinen, dass wir unbedingt eine „starke Hand“ brauchen. Die negative Einstellung gegenüber Migrant*innen zeigt sich an den Antworten zu verschiedenen Fragen. Vor allem die Angst vor Überfremdung ist in Teilen der Thüringer Bevölkerung anscheinend sehr ausgeprägt.⁹

Aber Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass verschärfen die objektiven Probleme im ländlichen Raum. Viele Landkreise und Dörfer dieses schönen deutschen Landstrichs, mit

seinen doch recht freundlichen und liebenswerten Menschen, befinden sich nicht nur im „demographisch-ökonomischen Teufelskreis“, sondern zunehmend auch in einem „demographisch-demagogischen Teufelskreis“. Vor drei Jahren fragten Forscher der Universität Jena (REBEKO Projekt) insgesamt 2 189 Menschen in Ostthüringen nach ihrer Lebenszufriedenheit, ihrer Wahrnehmung der Arbeitswelt und ihrer Einstellung zu Migrant*innen.¹⁰ Die Lebenszufriedenheit, so die Befragungsergebnisse war hoch, die Identifikation mit der Arbeit ebenso. Die Einstellung zum Thema Migration war differenziert. Etwa die Hälfte sah in der Zuwanderung mehr die Chancen, die andere Hälfte mehr die Risiken. Aber das Antwortverhalten der Befragten auf ein spezielles Statement ist im Lichte der Landtagswahlergebnisse besonders interessant. Es lautet: „Selbst, wenn wir auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen wären, würde ich Zuwanderung nicht begrüßen“. 25% der Befragten stimmen dem Statement zu, in den Landkreisen sogar jeder Dritte.

Man könnte ein solches Verhalten „ethnisch motivierte Selbstschädigung“ nennen. Aber was soll Politik tun, wenn sie doch Deutsche nicht backen kann, die in die Provinz ziehen, dort leben und ihre Kinder aufziehen wollen. Viel schöner wäre es doch, man verständigte sich auf eine „gruppenbezogene Menschenfreundlichkeit“ im eigenen Interesse und verbindet regionale Infrastrukturentwicklung mit einer Willkommenskultur im ländlichen Raum, zumal, wie Abbildungen 3 bis 5 zeigen, Ausländer*innen in Thüringen schon jetzt einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des Arbeitsmarktes leisten. Wir wissen nicht, warum das weniger realistisch sein soll, als eine sich selbst schädigende Fremdenfeindlichkeit.

Abb. 8
Bevölkerungsentwicklung Thüringens zwischen 1991 und 2017



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen, Darstellung der Autoren.

LITERATUR

- Behr, M. (2000), „Ostdeutsche Arbeitsspartaner“, Die politische Meinung, Nr. 369 (August 2000), S. 27-38.
- Behr, M. (2017), „Das Ende des ostdeutschen Arbeitsspartaners“, Berliner Debatte Initial, 28(3), S. 29-42.
- Behr, M. und T. Engel (2000), „Entwicklungsverläufe und Entwicklungsszenarien ostdeutscher Personalpolitik. Ursachen, Folgen und Risiken der personalpolitischen Stagnation“. in: Pawlosky, P. und U. Wilkens (Hrsg.), Zehn Jahre Personalarbeit in den neuen Bundesländern. Transformation und Demographie. München, S. 255-278.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020a), Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) (Monatszahlen), Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020b), Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit.
- DeZIM-Institut (Hrsg.) (2019), Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Erfurt.
- Goes, T., Schmalz, S., Thiel, M. und K. Dörre (2015), Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland, OBS-Arbeitsheft 83, Frankfurt am Main.
- Grimm, R. und B. Raffelhüschen (2019), Deutsche Post Glücksatlas 2019. Random House.
- IKPE (Hrsg.) (2019), Zweiter Sozialstrukturatlas für den Freistaat Thüringen, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Erfurt (im Erscheinen).
- INIFES – Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH (Hrsg.) (2018), Arbeiten in Thüringen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von Beschäftigten in Thüringen 2018. erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Erfurt.
- Kothe, W., Heyme, R. und B. Wiener (2016), Im Zeichen des Fachkräftemangels. Neue Entwicklungen im Agieren vor allem jüngerer Arbeitnehmer speziell am ostdeutschen Arbeitsmarkt, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main.
- Lutz, B., Grünert, H., Ketzmerick, T. und I. Wiekert (2010), Fachkräftemangel in Ostdeutschland – Konsequenzen für Beschäftigung und Interessenvertretung. OBS-Arbeitshefte (65).
- Ragnitz, J. (2019), „Ostdeutschland im globalen Wettbewerb: Zuwanderung tut not“, ifo Dresden berichtet, 03/2019, S. 3-5.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Fünberg, O., Hebenstreit, J. und L. Vogel (2019), Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gesundheit und Pflege in Thüringen, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019, erstellt im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei, Erfurt.
- Richter, C., Salheiser, A. und M. Quent (2019), Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Röbenack, S. und I. Artus (2015), Betriebsräte im Aufbruch? Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland, OBS-Arbeitsheft 82, Frankfurt am Main.
- SÖSTRA Berlin (Hrsg.) (2019), IAB-Betriebspanel. Länderbericht Thüringen. Ergebnisse der 23. Welle 2018, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.
- TLS – Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2019), 2. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Thüringen, Thüringer Landesamt für Statistik. Erfurt.
- ZSH – Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (Hrsg.) (2018), Willkommen in Thüringen – Entwicklung des Fachkräftebedarfs bis 2030 und Strategien der Fachkräftegewinnung, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.
- 1 Tatsächlich entwickeln sich die fünf neuen Bundesländer demographisch unterschiedlich. Denn, während das Land Brandenburg dank der Berlin-Umland-Dynamik insgesamt bald wieder so viel Einwohner hat, wie zum Zeitpunkt des Mauerfalls (allerdings mit starker Differenzierung zwischen dem „inneren Verflechtungsraum“ und dem „äußeren Entwicklungsraum“), profitiert Sachsen von der Sogwirkung der beiden „Schwarmstädte“ Dresden und Leipzig.
 - 2 Soweit jedenfalls laut Thüringer Landesamt für Statistik der Anteil der 50- bis 65-Jährigen an der Bevölkerung.
 - 3 Inzwischen verliert der Freistaat laut Wanderungsstatistik des Thüringer Landesamts für Statistik die meisten jungen Menschen nicht mehr an Bayern und Baden-Württemberg, sondern an Sachsen, vermutlich zu großen Teilen in die die beiden Großstädte Leipzig und Dresden.
 - 4 Zum 31. März 2019 gingen 414 841 Männer und 388 553 Frauen einer SV-pflichtigen Beschäftigung nach.
 - 5 Wenn man das mit Blick auf die immer noch deutlich höhere Verpflichtung von Frauen im Bereich der Familien- und Sorgearbeit sagen kann, was sich ja auch in einem veritablen Gender-Care-Gap niederschlägt.
 - 6 So glauben 42% der im Rahmen des aktuellen Thüringen Monitors 2019 Befragten, dass die Ausländer nur hierherkommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen. Weitere 57% sind der Meinung, dass die meisten Asylbewerber nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden (Reiser et al. 2019).
 - 7 Natürlich gilt dieses hier in den Blick genommene Phänomen mehr oder weniger für alle ostdeutschen Bundesländer und natürlich auch – wenn auch mit Abstrichen – für einige ländlich geprägte Regionen Westdeutschlands. Nicht weniger sind die anderen postsozialistischen Gesellschaften mit diesem Entwicklungshemmnis konfrontiert. Denn auch dort sind die Geburtenraten nach dem Systembruch stark zurückgegangen. Und auch dort sind viele Regionen mit Abwanderung, Überalterung und perspektivisch Fachkräftemangel konfrontiert. Und auch dort wird ethnische Homogenität als Leitwert angesehen, weswegen zuwanderungsrestriktive Regierungen starke Unterstützung seitens der Bevölkerung erfahren. Das Besondere an Thüringen ist allerdings, dass, bedingt sowohl durch die Demographie als auch durch die inzwischen wieder sehr gut aufgestellte Wirtschaft mit einer Vielzahl wettbewerbsfähiger Unternehmen, ein besonders hoher Fachkräftebedarf auf ein besonders schwaches demographisches Potenzial trifft und ein hoher objektiver Zuwanderungsbedarf auf eine in Teilen besonders zuwanderungskeptische Gesellschaft stößt.
 - 8 Die hohen Zufriedenheitswerte der Menschen in den neuen Ländern und hier speziell in Thüringen werden im Übrigen durch verschiedene voneinander vollkommen unabhängige Befragungen gestützt, so etwa von dem DGB-Index „Gute Arbeit“ 2018 (INIFES – Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH 2018) ebenso wie von dem aktuellen „Glücksatlas“ der Deutschen Post (Grimm und Raffelhüschen 2019), der nur noch minimale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland misst. Gerade die neuen Länder, angeführt von Thüringen, so die Verfasser, hätten den Gesamtzufriedenheitswert der Deutschen nach oben gedrückt.
 - 9 So glauben 53% der Thüringer*innen, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet ist (Besonders groß ist die Überfremdungsangst dabei interessanterweise in der Altersgruppe der 35- bis 59-Jährigen), und immerhin noch 32% glauben – bei einem aktuellen Ausländeranteil von 5% –, dass auch Thüringen durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet ist (Reiser et al. 2019).
 - 10 Am 28. Mai 2016 wurde eine Regionalbefragung mit 2 189 Interviews durch REBEKO abgeschlossen: <https://www.rebeko.uni-jena.de/Telefonbefragung.html>